

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 1

Artikel: Jugoslawien : Kampf statt Unterwerfung
Autor: Kuburovic, Predislav
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095495>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jugoslawien: Kampf statt Unterwerfung

Von Predislav Kuburovic

Das einzige europäische Land, das bereit ist, sich gegen eine allfällige sowjetische Aggression mit allen Mitteln zu verteidigen, ist Jugoslawien. Es rüstet sich zur totalen Verteidigung. Regierung, Volk und öffentliche Meinung sind in dieser Frage einig, weil sie ihren potentiellen Feind kennen.

«Unsere Revolution war spezifisch, und spezifisch ist auch unser Weg zum Sozialismus.» So beendete der jugoslawische Staatspräsident Tito seine Gedenkrede zum 25. Jahrestag der 2. AVNOJ-Tagung (AVNOJ = Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens; das oberste politische Organ der von Tito und der KP Jugoslawiens angeführten Widerstandsbewegung während des Zweiten Weltkrieges in Jugoslawien) in Jajce, am 29. November 1968.

Ein Jahrestag zu einem wiederaufgenommenen Programm

Vor 25 Jahren, in der Nacht vom 29. auf den 30. November 1943, hat sich der AVNOJ in der bosnischen Stadt Jajce als oberste gesetzgebende und vollziehende Behörde und als oberster Vertreter der Völker und des Staates Jugoslawien konstituiert und zugleich ein Nationalkomitee zur Befreiung Jugoslawiens unter dem Vorsitz Titos gebildet. (Eine Art von provisorischer Regierung unter der Leitung der KP Jugoslawiens, die zugleich eine Gegenregierung zur jugoslawischen Exilregierung in London war.) An dieser AVNOJ-Tagung wurden der jugoslawischen Exilregierung in London alle Rechte abgesprochen, eine legale Regierung Jugoslawiens zu sein. Der antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens und das Nationalkomitee sind, wie es in einem Beschluss der 2. AVNOJ-Tagung heisst, als einzige und «zeitweilige Organe der obersten Volksmacht in Jugoslawien während des Volksbefreiungskrieges zu betrachten». Dem jugoslawischen König Peter II. wurde zugleich die Rückkehr ins Land verboten, wobei die Frage «des Königs und der Monarchie vom Volke selbst zu lösen ist, nach seinem freien Willen, sobald das gesamte Land befreit ist». Die von Tito befehligte Partisanen-Armee wurde anerkannt. Sämtliche Beschlüsse, Anordnungen und alle übrigen Dokumente des Vollzugsausschusses des AVNOJ und des obersten Kommandos der Volksbefreiungsarmee und der Widerstandsbewegung Jugoslawiens unter der Führung der KP Jugoslawiens wurden bestätigt. Zugleich wählte die 2. AVNOJ-Tagung ein Präsidium des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens, dessen erster Vorsitzender Dr. Ivan Ribar, ein Vertreter der bürgerlichen Linke, wurde. Das AVNOJ-Präsidium fasste dann kurz darauf folgende Beschlüsse: Josip Broz Tito wurde zum Marschall Jugoslawiens ernannt; im Nationalkomitee erhielt er die Aufgabe des Vorsitzenden und Bevollmächtigten für die Landesverteidigung. Den übrigen Mitgliedern wurden die Ressorts Aussenpolitik, Volkswirtschaft, Inneres usw. zugeteilt.

Die Beschlüsse des slowenischen und kroatischen Volksbefreiungsausschusses und Landesrates über

den Anschluss jener jugoslawischen Gebiete an Jugoslawien, die nach dem Ersten Weltkrieg von Italien annektiert worden waren, wurden bestätigt. Ferner ernannte das AVNOJ-Präsidium eine Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Okkupationsmächte und deren heimischen Helfer. Diese Kommission hat nach Beendigung des Krieges die gesammelten Dokumente den Militärstrafgerichten zur Verfügung gestellt, die sie während der Periode der Schauprozesse in Jugoslawien verwendeten. Dabei wurden nicht nur diejenigen vors Gericht zitiert, die mit dem Feind kollaboriert hatten, sondern zugleich auch die Minister der jugoslawischen Exilregierung in London, darunter General Draza Mihajlovic, Verteidigungsminister und Leiter der von dieser Regierung unterstützten Widerstandsbewegung in Jugoslawien.

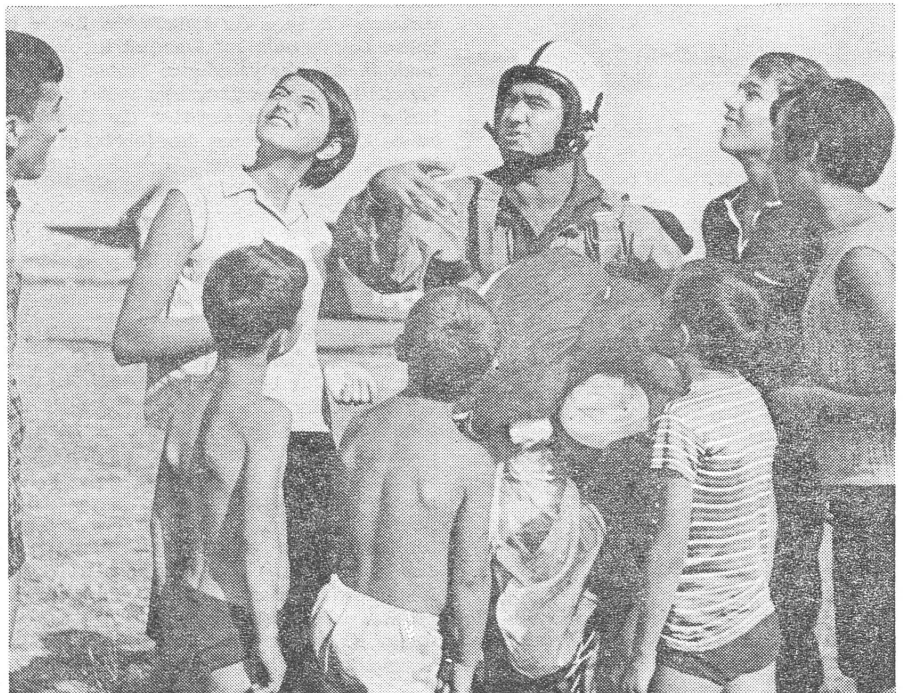
Die 2. AVNOJ-Tagung leitete die Geburt des heutigen Jugoslawien ein, weil sie jenen «staatlich-juristischen Zustand gesetzlich verankerte», der zwei Jahre später, am 29. November 1945, in Belgrad zur Proklamierung der Republik als eine Gemeinschaft gleichberechtigter Völker unter dem Namen «Föderative Volksrepublik Jugoslawien» führte. Während des Krieges zeigten anfänglich weder die westlichen Alliierten noch Stalin Verständnis für AVNOJ-Beschlüsse. Eng-

land, weil AVNOJ der jugoslawischen legalen Exilregierung in London jedes Vertretungsrecht absprach; Stalin, weil Tito ihn nicht vorher konsultiert hatte und weil er befürchtete, die vorläufigen AVNOJ-Beschlüsse könnten sein Verhältnis zu den Westmächten trüben, da auch er zu dieser Zeit die legale jugoslawische Regierung in London anerkannte. Trotzdem gelang es Tito nach kleineren Zugeständnissen, im Jahr 1944 sowohl von den Westmächten als auch von der UdSSR als entscheidender Machtfaktor in Jugoslawien anerkannt zu werden. Tito erwies sich dabei als ein zäher Verhandlungspartner und vermochte die Beschlüsse der 2. AVNOJ-Tagung durchzubringen und seine eigenwillige Haltung zu bewahren.

Die Beschlüsse der 2. AVNOJ-Tagung sind für das sozialistische Jugoslawien von historischer Bedeutung, weil sie die Grundlagen für jene Haltung und Entwicklung in Jugoslawien schufen, die dieses Land in den letzten 25 Jahren einnahm: nämlich in der Weltpolitik ein freies, unabhängiges und souveränes sozialistisches Land zu bleiben und in der Innenpolitik den eigenen Weg zum Sozialismus zu gehen.

Nationale Befreiung vor proletarischer Revolution

Diese Sonderstellung Jugoslawiens in der Weltpolitik sowie sein eigener Weg zum Sozialismus ab 1948 sind nach Auffassung jugoslawischer Parteiführer deshalb möglich gewesen, weil sowohl die jugoslawische Revolution als auch Titos Volksbefreiungskampf in Form und Inhalt einzigartig waren. Wenn die KP Jugoslawiens bis Mai 1942 die offiziellen Theorien des Kremls über die proletarische Revolution unterstützte und ihre Tätigkeit darnach richtete, so wich sie bereits während der deutsch-italienischen Besetzung des Landes davon ab. Sie fasste an der



Mädchen und Buben nehmen an paramilitärischen Fallschirmkursen teil.

5. Parteikonferenz im Mai 1941 Beschlüsse, die ihr erlaubten, sich den aussergewöhnlichen Gegebenheiten im besetzten Land anzupassen. Die KP Jugoslawiens kam damals zur Erkenntnis, dass nicht der Klassenantagonismus und die Fortschrittlichkeit des Proletariats Nährboden für die Machtübernahme sein würden, sondern dass sich im besetzten Land das Streben zur nationalen Befreiung auch mit dem Wunsch nach sozialem Fortschritt verbinden lasse. Und sie handelte darnach. Für die KP Jugoslawiens war es in dieser Zeit die erste Aufgabe, alle Volksschichten ohne Rücksicht auf ihre politischen, religiösen, nationalen oder anderen Unterschiede in eine grosse Gruppe zusammenzuschliessen, die imstande wäre, sich der Besatzungsmacht zu widersetzen. Mit andern Worten wollte die KPJ «die sozialistische Revolution» durchführen, indem sie sich an die Spitze des nationalen Befreiungskampfes stellte. Dabei stellte sie nicht den Klassenkampf in den Vordergrund, sondern den Zusammenschluss aller Volksschichten. So ist die jugoslawische Revolution nicht als ausgesprochene «proletarische Revolution», sondern als «sozialistische Revolution» entstanden, die durch den nationalen Befreiungskampf aller Volksschichten und der Vertreter verschiedener politischer Ueberzeugungen ermöglicht wurde. Diese Tatsache prägt die Eigenart der jugoslawischen Revolution, weil parallel mit dem Kampf gegen die Besatzungsmächte ein revolutionärer Kampf für die Umwandlung der bestehenden Gesellschaft und der internationalen Entwicklung geführt wurde. (Tito an der Pressekonferenz in Jajce, «Politika», Belgrad, 1. 12. 1968.)

Auch die spätere Entwicklung im sozialistischen Jugoslawien ist von dieser Eigenart der jugoslawischen Revolution geprägt worden, wenn auch in der Periode der kommunistischen Diktatur nach sowjetischem Muster von 1944 bis 1948 gewisse Abweichungen von den im Jahr 1941 proklamierten politischen Auffassungen und Praktiken festzustellen sind. Hingegen schliesst die Tätigkeit der KPJ nach dem Konflikt mit der KPdSU im Jahr 1948 direkt an die Entwicklung von 1941 an. Dieser Konflikt aus dem Jahr 1948 erreichte in der Kominform-Resolution vom 28. Juni 1948 seinen Höhepunkt. Der KPJ wurde damals folgendes vorgeworfen: sie führe eine vom Marxismus-Leninismus abweichende Innen- und Aussenpolitik sowie eine unfreundliche Politik gegenüber der Sowjetunion; sie führe eine falsche Agrarpolitik und befürworte eine nichtmarxistisch-leninistische Auffassung von der Rolle der Partei; sie leugne die grundlegende Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes bei fortschreitendem Aufbau des Kommunismus; sie errichte ein schädliches und bürokratisches Regime des BdkJ und weigere sich, die Kritik anderer KPs zu akzeptieren.

Alle diese Vorwürfe wiesen die jugoslawischen Kommunisten damals mit der Begründung zurück, dahinter stünden die sowjetischen Hege- monieansprüche über Jugoslawien.

Der Konflikt Moskau—Belgrad aus dem Jahr 1948 war für die weitere Entwicklung in Jugoslawien von historischer Tragweite, weil sich

Jugoslawien unter Tito auf die Errungenschaften der Jahre 1941 und 1943 zurückbesann und damit den Geist eines freien und souveränen Volkes und Staates wachhielt. Das Jahr 1948 ist damit für Jugoslawien eine direkte Folge der Jahre 1941 und 1943, seines Geistes und seiner historischen Bedeutung geworden.

«Totale Verteidigung» ist kein leeres Wort

Im Lichte dieser Feststellung ist heute, 25 Jahre nach der 2. AVNOJ-Tagung und 20 Jahre seit dem Konflikt mit Moskau, Titos Gedanke: «Unsere Revolution war spezifisch, und spezifisch ist unser Weg zum Sozialismus», verständlicher. Zugleich kommt ihm heute, nach den Ereignissen in Prag vom 21. August 1968, sowohl weltpolitische als auch jugoslawische Bedeutung zu. Vor allem deshalb, weil Tito und sein Land fest entschlossen sind, die bisherigen Errungenschaften mit allen Mitteln vor jeglichem Angreifer zu verteidigen. Lieber kämpfen, als sich unterwerfen oder anpassen, ist im Alltagsleben Jugoslawiens zur Hauptaufgabe gemacht worden. Die Lehre aus den tschechoslowakischen Ereignissen lautet, die eigene Verteidigung noch besser auszubauen. Dies hat bereits in einem Gesetzentwurf über die totale jugoslawische Landesverteidigung seinen Niederschlag gefunden. Das Gesetz geht von der Konzeption aus, dass im Falle eines Angriffes auf Jugoslawien ein totaler Verteidigungskrieg geführt werden muss. Jeden dienstpflichtigen oder diensttauglichen Staatsbürger beider Geschlechter verpflichtet es, sich an der Landesverteidigung zu beteiligen.

In einem Kommentar der jugoslawischen Zeitung «Borba» zu diesem Gesetz wird betont, die beste Hilfe für ein angegriffenes Land sei seine unbeugsame Bereitschaft, sich mit Waffen zu verteidigen. Sie könne die Pläne des Aggressors durchkreuzen und ihn hindern, sie zu verwirklichen. Manche Leute glaubten, dass einer Aggression zunächst mit politischen Mitteln begegnet werden solle, etwa durch Verhandlungen. Die Erfahrungen der letzten Monate und Tage hätten gezeigt, dass dies falsch war, weil der Aggressor mit einem Blitzkrieg das Beabsichtigte erreichte, so dass für den Verteidiger die Verhandlungsposition von vornherein aussichtslos ist. Er muss sich dem Diktat des Angreifers so oder so beugen. Jugoslawien sei deshalb entschlossen, mit der Konzeption der totalen Landesverteidigung als einzig richtiger Antwort dem potentiellen Aggressor zu begegnen, unabhängig davon, wie er bewaffnet und ob er überlegen sei. Die heutigen Lokalkriege hätten klar gezeigt, dass die bestausgerüsteten Armeen des Angreifers auf einem unbekanntem Terrain nicht in der Lage seien, die Vorteile und die Ueberlegenheit ihrer Ausrüstung und Bewaffnung voll auszunützen, weil für sie die Front überall ist. Der Aggressor wisse nicht, wann und wo er angegriffen wird, weil die militärische Stärke der Verteidiger für ihn unsichtbar sei. Deshalb müsse der Aggressor bewaffnetem Widerstand begegnen. Kein jugoslawischer Staatsbürger habe das Recht, die Kapitulation des Landes oder seiner bewaffneten Streitkräfte zu unterschreiben.

Das neue Gesetz über die Landesverteidigung verpflichtet sogar die jugoslawischen Staatsbürger, ihre Arbeitsorganisationen und staatlichen Institutionen auf dem vom Feind provisorisch besetzten Landesgebieten, den Widerstand gegen den Aggressor fortzusetzen und nur die Befehle jener Organe auszuführen, die in diesem Teil des Territoriums mit der Leitung der totalen Landesverteidigung beauftragt sind.

Dienstpflichtig und bewaffnet: Männer und Frauen von 16 bis 65 Jahren

Die jugoslawische totale Landesverteidigung sieht nebst Einheiten der regulären Volksarmee die Schaffung von Einheiten des Territorialdienstes, des Zivilschutzes und der Werkmiliz vor. Jeder jugoslawische Staatsbürger wird im Kriegsfall in einer dieser Einheiten dienen müssen. Dienstpflichtig sind alle Männer vom 16. bis 65. Altersjahr und die Frauen vom 19. bis 50. Altersjahr. Den bewaffneten Streitkräften werden alle diejenigen Frauen nicht zugeteilt, die Kinder unter 15 Jahren zu betreuen haben oder schwanger sind. Wer wo zu dienen hat, entscheidet das mit der Landesverteidigung beauftragte Gemeindeorgan bzw. Provinz- oder Teilrepublikorgan.

Viel Aufmerksamkeit wird den Einheiten des Territorialdienstes, des Zivilschutzes und der Werkmiliz geschenkt. Die Aufgabe des Territorialdienstes ist es, zusammen mit den regulären Einheiten, gegen Spione, Diversanten und Fallschirmspringer zu kämpfen. Dieser Dienst wird ebenfalls bewaffnet. Er wird in Betrieben, Gemeinden, Provinzen und Teilrepubliken organisiert. Der Werkschutz setzt sich zusammen aus den Betriebsangehörigen beider Geschlechter. Die Leitung sowohl des Territorialdienstes als auch des Werkschutzes obliegt einem Gemeindestab für die totale Landesverteidigung. Die Zivilschutzeinheiten haben die Erste Hilfe an die Zivilbevölkerung zu leisten. Das Gesetz sieht die Gründung solcher Einheiten in jedem Wohngebäude, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land, vor. Die wichtigste Aufgabe des Werkschutzes ist es, auch während des Krieges die normale Tätigkeit des Betriebes sicherzustellen. Das neue jugoslawische Verteidigungsgesetz sieht eine sogenannte Arbeitspflicht für alle diensttauglichen Bürger vom 16. Altersjahr an vor. Nach einer bestimmten Einteilung würden sie im Kriegsfall in Fabriken, Betrieben, Büros, Institutionen und in der Landwirtschaft arbeiten. Die Arbeitspflicht muss von jedem Bürger erfüllt werden, der eine solche Einteilung erhält. Im Kriegsfall oder bei Kriegsdrohung bleibt jeder an seinem Arbeitsplatz, falls er keine andere Einteilung erhalten hat. Ferner sieht das neue Gesetz die obligatorische Ausbildung der Bürger im Handhaben der Waffen vom 16. Altersjahr an vor. Diese Art der militärischen Ausbildung der Bevölkerung, darunter auch der Schüler, kann bis zu 30 Stunden jährlich umfassen. Hingegen sind die zum Territorialdienst zugeteilten Bürger verpflichtet, eine militärische Grundausbildung von 100 Stunden jährlich zu absolvieren. Durch diese Art der militärischen Ausbildung wird die bisherige vormilitärische Aus-

sachlich informiert

ZEITBILD

informiert sachlich



Diese beiden Schülerinnen waren die ersten, die sich diesen Herbst zur neuen «freiwilligen Jugendabteilung» meldeten.

bildung in der Schule ersetzt. Nach Schulabschluss können sowohl junge Männer als auch Mädchen jedes Jahr zu einem militärischen Wiederholungs- und Zusatzausbildungsdienst von 10 Stunden einberufen werden. («Borba», Belgrad, 17. 11. 1968.)

Die Lehre von Prag für Belgrad: Aktiver Widerstand

Die ersten Früchte dieser neuen Konzeption der totalen Landesverteidigung sind bereits vorhanden. In einzelnen jugoslawischen Teilrepubliken wurden mehrere tausend Einheiten des Territorialdienstes, des Zivil- und Werkschutzes gebildet und bewaffnet. Andere werden folgen.

Parallel mit der Bildung der erwähnten Einheiten ist die Verteidigungskraft der jugoslawischen regulären Armee verstärkt worden. Das neue jugoslawische Staatsbudget für das Jahr 1969, das mit 1154 Milliarden alten Dinar veranschlagt ist und 10,3 Prozent des Nationaleinkommens ausmacht, sieht für die jugoslawische Volksarmee 693,3 Milliarden alte Dinar vor, was 53 Milliarden mehr ausmacht als im Jahr 1968. Die Militärausgaben bilden 6,21 Prozent des Nationaleinkommens. Nicht nur die Erhöhung der Militärausgaben soll die Schlagkraft der jugoslawischen Volksarmee erhöhen, sondern zugleich eine teilweise Säuberung der jugoslawischen Volksarmee von den unzuverlässigen und unfähigen Kommandokadern.

Anpasser-Offiziere werden gesäubert

Die Teilmobilmachung in Jugoslawien, die anschliessend an die Prager Ereignisse vom 21. August durchgeführt wurde, habe gezeigt, dass ein Teil des Offizierskorps, das aus dem Volks-

befreiungskrieg stammt, unfähig ist, mit moderner Kriegstechnik und modernen Waffen umzugehen. Die betreffenden Offiziere wurden deshalb in den Ruhestand versetzt. Neue, jüngere und in jugoslawischen und ausländischen Militärschulen ausgebildete Berufsoffiziere haben ihren Platz eingenommen. Auch jener Teil des Offizierskorps, von dem man wusste, dass er prosojjetisch eingestellt ist, ist kaltgestellt und von wichtigsten Kommandoposten entfernt worden. Viele höhere jugoslawische Offiziere mit Generalsrang haben aus diesem Grund ihren Abschied von der Armee nehmen müssen. Rado Hamovic, ehemaliger Generalstabschef und Generalinstruktor der jugoslawischen Armee, der mit dem sowjetischen militärischen Orden «Rote Fahne» ausgezeichnet ist, musste den Vorwurf einstecken, dass er als verantwortlicher Militärführer zu wenig getan habe, um die jugoslawische Grenze gegenüber den Ostblockländern zu befestigen und einen wirksamen Verteidigungsgürtel aufzubauen. Er habe dies vorwiegend an der jugoslawisch-italienischen Grenze getan. Ivan Gosnjak, ehemaliger Verteidigungsminister, sah sich nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR gezwungen, seine früheren Ansichten über den möglichen Beitritt Jugoslawiens zu diesem Pakt zu revidieren. Gosnjak hat nämlich vor etwa drei Jahren diesen Beitritt mit der etwas naiven Vorstellung befürwortet, die UdSSR sei heute nicht die gleiche wie zur Zeit Stalins. Ein Beitritt Jugoslawiens zum Warschauer Pakt könnte die Demokratisierung sowohl in der UdSSR als auch in anderen Ländern beschleunigen. Sowohl er als auch Hamovic sind heute enttäuscht und erbittert.

Parallel zu den Anstrengungen für die Verstärkung der totalen Landesverteidigung laufen die

jugoslawischen Bemühungen, auf dem Gebiet der Innen- und Aussenpolitik eine Brücke zwischen Ost und West zu bleiben. Im Bereich der Aussenpolitik hält Jugoslawien die Treue zur Blockfreiheit, wenn auch Tito die Abhaltung einer Weltkonferenz der nichtverpflichteten Länder für den Augenblick als nicht durchführbar sieht. Er hat seine Initiative etwas zurückgestellt und wartet ab, wie sich die Weltlage in den nächsten Monaten entwickeln wird.

Tito und das sowjetisch werdende Mittelmeer

Sein Verhältnis zu den Westmächten möchte er vor allem durch den Ausbau engerer Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft festigen. Auf eine westliche Militärhilfe ist er nach seiner Darstellung nicht angewiesen, da Jugoslawien in der Lage sei, aus eigener Kraft sein militärisches Potential zu verbessern. Auch im Fall einer direkten sowjetischen Bedrohung wird Jugoslawien keine westliche Hilfe erbitten. Zu Aeusserungen des amerikanischen Aussenministers Rusk, wonach Jugoslawien und Oesterreich zur «grauen Alarmzone» der NATO gehören, meinte er ironisch, Jugoslawien sei eine sehr helle Zone. Die Interessensphären der Grossmächte hörten an den Grenzen Jugoslawiens auf: «Wir anerkennen schon seit 1943 keine Interessensphären.» Jugoslawien gehöre den Jugoslawen, und nur sie allein könnten über ihr eigenes Schicksal entscheiden. Er sei allerdings wegen einer allfälligen Grossmachtkonfrontation im Mittelmeerraum sehr besorgt. Ursprünglich habe er die Anwesenheit der sowjetischen Kriegsmarine in diesem Raum als Folge des israelisch-arabischen Krieges begrüsst, weil er überzeugt gewesen sei, dies würde Israel dazu zwingen, die von den Arabern eroberten Gebiete zurückzuerstatten. «Jetzt aber fürchten wir, dass die verstärkte Präsenz der Grossmächte-Kriegsmarine im Mittelmeer sich zu einem Konflikt zwischen den zwei Supermächten und Blöcken entwickeln könnte, was auch schwere Folgen für die Mittelmeerlande haben könnte. Es wäre viel besser, wenn weder die eine noch die andere Grossmacht im Mittelmeer stationiert wäre. Die Tatsachen sind heute aber anders und deshalb sehr beunruhigend.» (Titos Pressekonferenz in Jajce, «Politika», Belgrad, 1. 12. 1968.)

Gefährdete Balkan-Friedenspläne

Nicht nur den Mittelmeerraum wünscht Tito aus der Gefahrenzone herauszuhalten, sondern vor allem den Balkan. Die Angriffe gegen Jugoslawien sowie die Aeusserungen in Bulgarien zum Problem des jugoslawischen Mazedonien, das eine gleichberechtigte Teilrepublik ist, der die eigene Sprache, Nation und staatliche Souveränität im Rahmen der jugoslawischen Bundesverfassung zum erstenmal in der jüngsten Geschichte anerkannt und zugesichert ist, stören seine Balkan-Friedenspläne. Vor allem missbilligt Tito die Erklärungen bulgarischer Funktionäre, wonach die sozialistischen Länder verpflichtet sind, zu helfen, wenn in einem Lande der Sozialismus in Gefahr ist, was der sowjetischen These entspricht. «Aus dieser Erklärung geht hervor, dass man auch ohne unsere Aufforderung nach Jugoslawien kommen würde, um zu „helfen“. Solch ein Besuch wird auf harten Widerstand stossen. Wirst du nicht ge-

rufen, heisst es, wirst du nicht gebraucht. Was uns betrifft, so erledigen wir unsere inneren Angelegenheiten selbst. Für den Sozialismus besteht keine Gefahr.» (Titos Rede in Leskovac, «Borba», Belgrad, 21. 10. 1968.) In solchen bulgarischen Erklärungen sieht Tito einen potentiellen Vorwand zu einem allfälligen Einmarsch bulgarischer Truppen in Jugoslawisch-Mazedonien, da Bulgarien seit dem Frieden von St. Stefan aus dem vorigen Jahrhundert auf seine Ansprüche nicht verzichtet hat. Das könnte die UdSSR nun ausnützen.

Auch sein Verhältnis zu Albanien möchte Tito verbessern, doch sei ihm dies wegen der feindlichen albanischen Haltung nicht möglich. Eine diesbezügliche jugoslawische Initiative ist zurzeit nicht zu erwarten, da die Demonstrationen in Kosmet, der Autonomen Provinz der Teilrepublik Serbien, in der eine albanische Mehrheit vorhanden ist (mehr als ein Drittel der albanischen Bevölkerung auf dem Balkan lebt in dieser Provinz), bewiesen haben, dass Albanien sie organisiert hatte. Die albanischen Nationalfahnen, die feindlichen Parolen sowie die Plünderungen und Zerstörungen bei diesen Demonstrationen hätten dies klar gezeigt.

Jugoslawiens Verhältnis zu Griechenland war früher sehr gut. Nach der Machtübernahme durch die Militärjunta schien es getrübt zu sein. Nach Bereinigung der Missverständnisse sind die Beziehungen normal geworden. Jugoslawien ist daran interessiert, mit Griechenland gute Beziehungen zu unterhalten.

Wunschverhältnis zur UdSSR: Zusammenarbeit ohne Vasallentum

Zuhanden der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder richtet Tito nebst seinem Wunsch zur Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung eine klare Nein zur Theorie der begrenzten Souveränität und der des Einmischungsrechtes in die inneren Angelegenheiten. Sowohl die UdSSR als auch andere Grossmächte wissen, «dass wir unsere Souveränität während des Volksbefreiungskrieges von 1941 bis 1945 aufgebaut haben. Unsere Beschlüsse an der 2. AVNOJ-Tagung in Jajce 1943 sind bekannt. Dort sind klar und präzise die Fragen unserer Unabhängigkeit und Souveränität formuliert worden.» Wohl baue Jugoslawien den Sozialismus auf wie viele andere Länder und gehöre im ideologischen Sinne zum Sozialismus. Jedoch nicht «im Rahmen eines sozialistischen „Commonwealth“ oder „Blocks“, sondern als ein unabhängiger, souveräner und selbständiger sozialistischer Staat. Dieser wünscht nicht nur mit den sozialistischen Blockländern, sondern zugleich mit allen übrigen Ländern, ohne Rücksicht auf ihr sozialpolitisches System, die besten Beziehungen als gleichberechtigte Partner zu unterhalten». (Titos Pressekonferenz in Jajce, «Politika», Belgrad, 1. 12. 1968.)

Sein Verhältnis zur Sowjetunion und zu den andern sozialistischen Ländern sowie zu der internationalen kommunistischen Bewegung will Tito ausschliesslich auf Grundlage der Belgrader Erklärung von 1955 regeln. In dieser sowjetisch-jugoslawischen Erklärung heisst es: «Respektierung der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Unantastbarkeit und Gleichberechtigung in den gegenseitigen Beziehungen zu anderen Staaten; Anerkennung und Entwicklung der friedlichen Koexistenz zwischen den Völ-

kern, ungeachtet der unterschiedlichen Ideologie und der Unterschiede in der sozialen Ordnung; gegenseitige Achtung, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten aus welchen — wirtschaftlicher, politischer oder ideologischer Natur — immer, da die Fragen der inneren Ordnung, der Unterschiede im gesellschaftlichen System und der Unterschiede in den konkreten Entwicklungsformen des Sozialismus ausschliesslich Angelegenheit der Völker der betreffenden Länder sind.» («Borba», Belgrad, 3. 6. 1955.)

Wenn Tito heute nach dem Prager 21. August sich besonders auf diese Erklärung von 1955 bezieht, so tut er dies in erster Linie deshalb, weil er die sowjetische Vorherrschaft und die sowjetische (oder irgendwelche andere) Führungsrolle in der internationalen kommunistischen Bewegung ablehnt. Tito will sich nicht an den Treffen der Kommunistischen Parteien beteiligen, an denen die führende Rolle Moskaus anerkannt und verstärkt werden soll.

Alles in allem wünscht Tito auch für die Zukunft eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Nicht als Vasall, noch weniger als kleiner Bruder, sondern vielmehr als selbständiger und gleichberechtigter Partner. Er wird sich aber trotzdem hüten, sein Verhältnis zu der UdSSR zu verschlechtern oder sich auf irgendwelche Provokationen einzulassen. Eine begründete Zurückhaltung und zugleich feste Entschlossenheit, sich vor jedem Aggressor zu verteidigen, dürften auch in der Zukunft seine Haltung bestimmen. Im Bereiche der Innenpolitik wird Jugoslawien seinen eigenen Weg zum Sozialismus noch besser ausbauen. Vor allem werden das System der Selbstverwaltung, die Demokratisierung des Parteiapparates, der bessere Ausbau der jugoslawischen Föderation durch neue Verfassungsergänzungen und die sozialpolitische Entwicklung des Landes vorangetrieben. Der kommende 9. Parteikongress, der für den 11. März 1969 einberufen wurde, sowie die eben abgeschlossenen Parteikongresse in einzelnen Teilrepubliken werden dazu ihre Beiträge leisten. Neue und grundsätzliche Aenderungen sind kaum geplant und werden nicht erwartet.

Ein Sortiment innenpolitischer Problematik

Die Lehren aus den Studentenunruhen des Monats Juni vom vergangenen Jahr sind gezogen; die Grenzen, bis zu welchen Titos Regime gehen will und kann, ebenfalls umrissen. Die Autonomen Provinzen Kosmet und Vojvodina werden keinen Status einer Teilrepublik erhalten, doch erhielten die dort lebenden Volksminderheiten bereits mehr Rechte zugesichert.

Der jugoslawische Bund wird manche seiner Kompetenzen an die Teilrepubliken abtreten. Zugleich vollzieht sich sowohl in den Parteiorganisationen als auch in den Landesregierungen einzelner Teilrepubliken eine Wachtablösung. Eine neue Generation bricht auf, die viel für die Zukunft des Landes verspricht. Dies ist besonders deutlich an den Parteikongressen in Serbien und Kroatien zum Ausdruck gekommen. In Serbien ist an der Parteispitze Marko Nikezic, zurzeit jugoslawischer Aussenminister, gewählt worden. Ein fähiger junger Intellektueller und Politiker, von dessen Einsatz eine neue Liberalisierung und Demokratisierung der Partei, Wirtschaft, Regierung und Kultur in Serbien erwartet wird. Ihm steht ein harter Kampf mit den

konservativen und zentralistisch denkenden Parteimitgliedern bevor. Er setzte sich in diesen Wahlkampf um das Parteipräsidium mit überwältigender Mehrheit gegen mehrere Kandidaten durch.

Einer von diesen Gegenkandidaten, Milos Minic, zurzeit Präsident des serbischen Landtages, blieb auf der Strecke. Und das ist ein Glück für Serbien. Minic hat eine dunkle Vergangenheit. Er ist ein ausgesprochener Lokal- und Provinzpolitiker, der dem Zentralismus verschrieben ist, ein Karrierist, der um der Karriere willen zu allem bereit wäre. Er hat in den ersten Nachkriegsjahren den Posten des obersten militärischen Strafanklägers in den berichtigten Schauprozessen innegehabt; bei der Behandlung des Djila-Falles vor dem ZK der KP im Jahre 1954 tat er sich mit üblen Verleumdungen hervor, und nach dem Sturz Rankovics im Jahre 1966 beeilte er sich, seinen Busenfreund zu beschmutzen; während der Studentenunruhen suchte er sie einerseits mit einem Dialog zu besänftigen und liess andererseits in der Zeitung «Borba» anonyme Artikel gegen sie veröffentlichen. Seine Ablösung von wichtigen Partei- und Regierungsposten in Serbien dürfte den Weg zu noch mehr Demokratie ebnen.

Rückblickend war das Jahr 1968 in Jugoslawien nicht nur von Prager Ereignissen des vergangenen August geprägt, sondern zugleich von einem dreifachen Jubiläumstag. Wenn die beiden Jubiläen 25 Jahre der 2. AVNOJ und 20 Jahre des Konfliktes mit Moskau erwähnt oder feierlich begangen wurden, blieb das 50. Jubiläumstag der Gründung Jugoslawiens stark im Hintergrund. Am 1. Dezember 1918 ist in Belgrad aus dem Munde des damaligen Prinzregenten Alexander die Gründung eines neuen jugoslawischen Staates proklamiert worden; eines Staates, der sich aus dem Königreiche Serbien, Montenegro und den bis 1918 zur Habsburg-Monarchie gehörenden südslawischen Ländern zusammensetzte. Zum erstenmal in der Geschichte waren die Serben, Slowenen und Kroaten in einem gemeinsamen Staat zusammengeschlossen worden. Der 50. Jahrestag der Gründung Jugoslawiens war ein Geburtstag ohne Feierlichkeiten, wie dies der «Borba»-Korrespondent Stane Stanic, eine Slowene, zutreffend bemerkte. Nach ihm war das Gründungsdatum Jugoslawiens, der 1. Dezember 1918, eine Wendung in der weiteren Entwicklung der jugoslawischen Völker und Länder. Von diesem Tag an ist Jugoslawien als selbständiger und souveräner Staat auf der weltpolitischen Bühne aufgetreten und zu einer vereinigten Gemeinschaft geworden, von der durch Jahrhunderte hindurch die jugoslawischen Völker nur träumten. Ein alter Wunsch und Traum ist damit zur Wirklichkeit geworden.

Trotz aller berechtigten und unberechtigten Kritik, die von seinen Feinden stammte, existierte dieser neue Staat von 1918 bis 1941, teilweise als parlamentarische Monarchie (1918—1929; 1935—1941) oder als Königsdiktatur (1929—1934), und erfüllte seine Aufgabe. Mit einem kleinen Unterbruch während des Zweiten Weltkrieges und der deutsch-italienischen Besetzung fand er seinen Nachfolger (ab 1945 bis 1953 Föderative Volksrepublik Jugoslawien) in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Denn ohne das Jugoslawien vom 1. Dezember 1918 hätte es auch kein Jugoslawien von 1943, 1945 und 1948 gegeben. ■